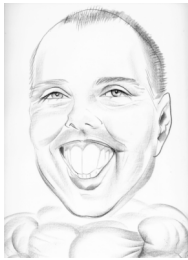


Patientenrecht zwischen Selbstbestimmung und Zwangsmassnahmen

Fortbildungsveranstaltung
Limmatalspital Schlieren vom 14.11.2007

PD Dr. iur. Hardy Landolt, LL.M.


Zu meiner Person ...



- 1965: Geburt in Glarus
- 1979: Schulunfall
- 1985: Jus-Studium in Zürich
- 1990: lic. iur.
- 1992: Patentierung zum RA
- 1994: Dr. iur.
- 1999-2001: Auslandsaufenthalt (San Diego und München)
- 2000: LL.M. (Master of Laws)
- 2002: PD an der Universität St. Gallen


Inhaltsübersicht

- Patientenrecht
 - Verfassungsrechtliche Ausgangslage
 - Gesetzliche Ausgangslage
- Selbstbestimmungsgrundsatz
 - Selbstbestimmung
 - Voraussetzungen der Selbstbestimmung
 - Inhalt der Selbstbestimmung
 - Patientenverfügung




Inhaltsübersicht

- Medizinische Zwangsmassnahmen
 - Verfassungsrechtliche Ausgangslage
 - Gesetzliche Ausgangslage
 - Beeinträchtigung der räumlichen Bewegungsfreiheit
 - Beeinträchtigung der körperlichen Bewegungsfreiheit
 - Beeinträchtigung der Willensfreiheit




Patientenrecht

- Verfassungsrechtliche Ausgangslage
 - Kompetenzordnung
 - Bundeskompetenzen (Art. 118 ff. BV)
 - Kantonskompetenzen: subsidiäre Zuständigkeit
 - Grundrechtsordnung
 - Menschenwürde (Art. 7 BV)
 - Freiheits- bzw. Abwehrrechte (Art. 8 ff. BV)
 - Sozialrechte (Art. 12 BV) und -ziele (Art. 41 BV)
 - Nur Notfallbehandlungspflicht (§ 41 GesG ZH)




Patientenrecht

- Gesetzliche Ausgangslage
 - kantonale Gesundheitsgesetzgebung
 - Gesundheitsgesetz (1962)
 - Patientengesetz (2004, in Kraft seit 2005)
 - Gesetz über das Universitätsspital (2005)
 - Behandlungsvertrag
 - Spital- bzw. Heimaufnahmevertrag
 - Arztbehandlungsvertrag
 - Pflegevertrag




Selbstbestimmungsgrundsatz

- Selbstbestimmung
 - Entscheidungsfreiheit in allen Belangen
 - Arztwahlfreiheit
 - Nicht: Personalwahlfreiheit
 - Therapiewahlfreiheit
 - Nicht: Weisungsrecht in Bezug auf Behandlung
 - Beachten der Hausordnung



Selbstbestimmungsgrundsatz

- Voraussetzungen der Selbstbestimmung
 - Vertragliche Selbstbestimmung
 - Urteilsfähigkeit
 - Mündigkeit
 - Zustimmung zu medizinischen Massnahmen
 - Urteilsfähigkeit
 - Stellvertretung bei Urteilsunfähigkeit



Selbstbestimmungsgrundsatz

- Inhalt der Selbstbestimmung
 - Information
 - Allgemeine Information bei Eintritt (§ 7 PatG ZH)
 - Aufklärung über Behandlung
 - Eingriffsaufklärung (§ 13 PatG ZH)
 - Sicherungsaufklärung (§ 16 PatG ZH)
 - Versicherungsaufklärung (BGer)
 - Dokumentation (§§ 17 ff. PatG ZH)



Selbstbestimmungsgrundsatz

- Inhalt der Selbstbestimmung
 - Entscheidungsbefugnis
 - Einwilligungspflicht (§§ 20 ff. PatG ZH)
 - insbesondere durch Patientenverfügung (§ 20 II PatG ZH)
 - Notfallkompetenz
 - Behandlung Urteilsunfähiger (§ 21 III PatG ZH)
 - Operationsausdehnung (§ 22 PatG ZH)
 - Vetorecht des Arztes/Pflegepersonal (§ 23 II PatG ZH)




Selbstbestimmungsgrundsatz

- Inhalt der Selbstbestimmung
 - Achtung der Persönlichkeit
 - Besondere Anliegen (§ 8 PatG ZH)
 - Seelsorge (§ 9 PatG ZH)
 - Besuchsrecht (§ 10 PatG ZH)
 - Schutz der postmortalen Persönlichkeit
 - Zustimmung zu Obduktion/Transplantation
 - Störung des Totenfriedens (Art. 262 StGB)




Selbstbestimmungsgrundsatz

- Patientenverfügung
 - einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung des Patienten
 - Unterschiedlicher Inhalt
 - Bestätigung über erfolgte Eintrittsorientierung (§ 7 II PatG ZH)
 - Entlassungserklärung (§ 12 II und III PatG ZH)
 - Aufklärungsverzicht (§ 14 PatG ZH)
 - Akteneinsichtsgesuch (§ 19 PatG ZH)




Selbstbestimmungsgrundsatz

- Patientenverfügung
 - Unterschiedlicher Inhalt
 - Zustimmung zu Behandlung (§ 20 II PatG ZH)
 - Ablehnung einer bestimmten Behandlung (§ 23 I PatG ZH)
 - Zustimmung für Lehrveranstaltung und Forschung (§§ 28 f. PatG ZH)




Selbstbestimmungsgrundsatz

- Patientenverfügung
 - Unterschiedlicher Inhalt
 - Verfügung betreffend lebensverlängernder Massnahmen (§ 31 III PatG ZH)
 - Zustimmung zu Obduktion/Transplantation (§§ 32 f. PatG ZH)




Selbstbestimmungsgrundsatz

- Patientenverfügung
 - Verfügung betreffend lebensverlängernder Massnahmen
 - § 31 III PatG:
 - „Eine von der Patientin oder vom Patienten früher verfasste Verfügung bezüglich lebensverlängernder Massnahmen ist zu beachten. Sie ist unbeachtlich, wenn sie gegen die Rechtsordnung verstösst oder Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die oder der Sterbende in der Zwischenzeit die Einstellung geändert hat“.




Selbstbestimmungsgrundsatz

- Patientenverfügung
 - Verfügung betreffend lebensverlängernder Massnahmen
 - Bundesrat plant Neuregelung im neuen „Erwachsenenschutzrecht“ (BBl 2006, S. 7001 ff.)
 - Patientenverfügung von Urteilsfähigen (Art. 370 ff. ZGB)
 - Medizinische Massnahmen
 - bei Urteilsfähigen (Art. 377 ff. ZGB)
 - bei psychischen Störungen (Art. 433 ff. ZGB)




Medizinische Zwangsmassnahmen

- Verfassungsrechtliche Ausgangslage
 - Grundrechtlich geschützt sind:
 - Bewegungsfreiheit
 - Räumliche Bewegungsfreiheit
 - Körperliche Bewegungsfreiheit
 - Willensfreiheit
 - Zulässigkeitsvoraussetzungen
 - Freiheitsentzug (Art. 31 BV/Art. 5 EMRK)
 - Sonstige Zwangsmassnahmen (Art. 36 BV)




Medizinische Zwangsmassnahmen

- Verfassungsrechtliche Ausgangslage
 - Eingriffsvoraussetzungen
 - Gesetzliche Grundlage
 - Gesetz (schwere Eingriffe)
 - Verordnung (leichte Eingriffe)
 - Polizeiliche Generalklausel (§ 24 II PatG ZH)
 - Rechtfertigungsgrund
 - Öffentliches Interesse
 - Schutz Dritter




Medizinische Zwangsmassnahmen

- **Verfassungsrechtliche Ausgangslage**
 - **Eingriffsvoraussetzungen**
 - **Verhältnismässigkeit**
 - Wirksamkeit (des Mittels)
 - Notwendigkeit (in Bezug auf angestrebten Zweck)
 - Angemessenheit (in Bezug auf Folgen)
 - **Kerngehaltsgarantie**
 - Folterverbot
 - Verbot erniedrigender bzw. unmenschlicher Behandlung
 - Humanexperimentverbot



Medizinische Zwangsmassnahmen

- **Gesetzliche Ausgangslage**
 - **Auf Bundesebene**
 - Fürsorgerische Freiheitsentziehung (Art. 397a ff. ZGB)
 - Sterilisation dauernd Urteilsunfähiger (Art. 7 f. Sterilisationsgesetz)
 - geplante Regelung im Rahmen der Erwachsenenschutzrechtsrevision (Art. 383 f. ZGB)



Medizinische Zwangsmassnahmen

- **Gesetzliche Ausgangslage**
 - **Auf kantonaler Ebene (§§ 24 ff. PatG ZH)**
 - Freiheitseinschränkende Massnahmen (§ 25 PatG ZH)
 - Zwangsmassnahmen (§ 26 PatG ZH)
 - Rechtsschutz (§ 27 PatG ZH)
 - **Ethische Empfehlungen**
 - Medizinisch-ethische Richtlinien der SAMW „Zwangsmassnahmen in der Medizin“ vom 24.05.2005

Medizinische Zwangsmassnahmen

- Beeinträchtigung der räumlichen Bewegungsfreiheit (Anstaltseinweisung)
 - FFE (Art. 397a ff. ZGB)
 - nicht anwendbar für andere Zwangsmassnahmen, z.B. Zwangsmedikation
 - Einweisungsgrund
 - Geisteskrankheit
 - Geisteschwäche
 - Suchterkrankung, insbesondere Trunksucht
 - schwere Verwahrlosung

Medizinische Zwangsmassnahmen

- Beeinträchtigung der räumlichen Bewegungsfreiheit (Anstaltseinweisung)
 - FFE
 - Selbst- oder Drittgefährdung
 - Anstaltseinweisung
 - nicht Altersheimeinweisung
 - Verhältnismässigkeit
 - Anstaltseinweisung von Verurteilten (Art. 59 ff. StGB)

Medizinische Zwangsmassnahmen

- Beeinträchtigung der körperlichen Bewegungsfreiheit
 - Mechanische Ruhigstellung (§ 25 I PatG ZH)
 - „Massnahmen, welche die Bewegungsfreiheit einschränken, dürfen nur bei Selbst- oder Drittgefährdung ergriffen werden oder wenn dies für eine Zwangsbehandlung zwingend erforderlich ist. Solche Massnahmen müssen Patientinnen und Patienten oder Dritte vor einer unmittelbaren und ernsthaften Gefahr schützen und sind so kurz wie möglich zu halten“.

Medizinische Zwangsmassnahmen

- Beeinträchtigung der Willensfreiheit
 - Kontaktsperre (§ 25 II PatG ZH)
 - „Der mündliche oder schriftliche Verkehr mit Bezugspersonen oder Dritten kann eingeschränkt werden, sofern dies zum Schutz von Patientinnen und Patienten oder Dritten notwendig ist“.

Medizinische Zwangsmassnahmen

- Beeinträchtigung der Willensfreiheit
 - Zwangsbehandlung (§ 26 I PatG ZH)
 - „Behandlungen von körperlichen und psychischen Krankheiten können in Notsituationen durchgeführt werden, um eine ernsthafte und unmittelbare Gefahr für die Gesundheit oder das Leben der betroffenen Personen oder von Dritten abzuwenden“.

Medizinische Zwangsmassnahmen

- Beeinträchtigung der Willensfreiheit
 - Zwangsmedikation (§ 26 II PatG ZH)
 - „Eine länger dauernde medikamentöse Behandlung kann durchgeführt werden, wenn
 - a) dies nach Massgabe des Einweisungsgrundes medizinisch indiziert ist und die nötige persönliche Fürsorge nicht durch eine mildere Massnahme erbracht werden kann oder
 - b) damit eine ernsthafte und unmittelbare Gefahr für die Gesundheit oder das Leben Dritter abgewendet werden kann“.



Besten Dank!

Folien verfügbar unter:
www.hardy-landolt.ch
